

Unions-Länder widersetzen sich Steuersenkungen

Quelle: www.t-online.de, erschienen am 29. Oktober 2009

Die Steuersenkungspläne von Union und FDP sorgen weiter für Unmut in den Ländern. Die designierte Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) kündigte am Dienstag Widerstand gegen die Pläne der schwarz-gelben Koalition in der Steuer- und Gesundheitspolitik an, sollten sie den Landeshaushalt belasten.

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) drohte damit, die Steuersenkungen im Bundesrat abzulehnen

"Thüringen darf nicht ins Hintertreffen geraten"

Sollten sich die Steuerpläne negativ auf den Landeshaushalt auswirken, "werden wir damit nicht einverstanden sein können", sagte Lieberknecht der "Welt". Im Koalitionsvertrag mit der SPD in Thüringen sei verabredet worden, dass die Interessen Thüringens vorgehen. Auch in der Gesundheitspolitik will die CDU - Landesvorsitzende nicht alle geplanten Veränderungen mitmachen. "Thüringen kann mit dem Gesundheitsfonds gut leben, der Status quo ist für uns akzeptabel", sagte sie. Wenn es jetzt den Plan gebe, das Geld stärker regional zu verteilen, "dann darf Thüringen nicht ins Hintertreffen geraten".

Schuldenbremse mit Steuersenkungen in Einklang bringen

Müller meldete Zweifel an, ob sein Land die geplanten Steuersenkungen von Union und FDP im Bundesrat billigen kann. "Wir haben Diskussionsbedarf", sagte Müller dem "Kölner Stadt-Anzeiger". "Darüber, wie ein finanzschwaches Land wie das Saarland das hinbekommt, muss einfach geredet werden." Zwar fügte Müller hinzu: "Wenn wir die Lasten tragen können, dann tragen wir sie." Die beabsichtigten Mehrausgaben für die Bildung und die ab 2011 greifende Schuldenbremse im Grundgesetz müssten aber mit den Steuersenkungen in Einklang gebracht werden.

Mehrheit für Steuerpläne im Bundesrat könnten kippen

Auch der CDU-Finanzminister von Baden-Württemberg, Willi Stächele, äußerte sich kritisch angesichts von neuen Belastungen für die Länder. Er bezifferte das erwartete zusätzliche Defizit nur für sein Bundesland auf bis zu 1,7 Milliarden Euro. Er fürchte, dass die Beschlüsse "für Land und Gemeinden eine neue zusätzliche Verschuldungsspirale auslösen", und wollte auch für die Stuttgarter CDU/FDP-Koalition eine Ablehnung im Bundesrat nicht ausschließen - in diesem Fall würde Schwarz-Gelb wohl im Bundesrat keine Mehrheit für die Steuerpläne zustande bekommen.

"Länderhaushalte nicht plündern"

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl (SPD) lehnt die Berliner Pläne strikt ab. "Was Schwarz-Gelb vorhat, macht den Ländern die Haushalte auf Jahre hinaus kaputt", sagte er der "Berliner Zeitung". "Wer vorgibt, bessere Bildung zu wollen, darf die Länderhaushalte nicht plündern." Der "Süddeutschen Zeitung" sagte er, Rheinland-Pfalz fehlten durch die schon beschlossenen Steuersenkungen, etwa bei den Krankenversicherungsbeiträgen oder durch die Rückkehr zur alten Pendlerpauschale, pro Jahr künftig mehr als 500 Millionen Euro.

Nußbaum droht mit Klage

Der Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum hatte bereits am Montag der künftigen schwarz-gelben Koalition damit gedroht, sie vor dem Bundesverfassungsgericht zu verklagen. Es könne nicht angehen, dass die Länder den größten Teil der von dem neuen Bündnis geplanten Steuersenkungen bezahlen müssten, sagte der parteilose Nußbaum der "Süddeutschen Zeitung". "Wenn der Bund die Finanzierungsfähigkeit der Länder weiterhin so untergräbt, sind die Länder gezwungen, die Frage der Finanzordnung in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen", zitierte das Blatt den Politiker.

Kommunen: Steuerausfälle von 3,6 Milliarden Euro

Auch die Kommunen warnten vor den Folgen der geplanten Steuersenkungen. "Die Steuerausfälle nehmen uns die Luft zum Atmen", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, der "Hamburger Morgenpost". Sollten die Pläne Wirklichkeit werden, müssten Städte und Gemeinden im kommenden Jahr Steuerausfälle von 3,6 Milliarden Euro verkraften. "Das trifft uns hart angesichts der ohnehin katastrophalen Kommunal-Finzenzen", sagte Landsberg. Städte und Gemeinden könnten ihre Aufgaben so nicht mehr erfüllen.

Nur Familien mit mehr als 60.000 Euro Jahreseinkommen profitieren

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler fallen die Steuergeschenke von Schwarz-Gelb weniger üppig aus als nach den Koalitionsverhandlungen verkündet. Zwar würden die Steuerzahler im kommenden Jahr um insgesamt 21 Milliarden Euro entlastet, berichtete die "Welt". Mit 14 Milliarden Euro gehe der Großteil davon allerdings noch auf die Beschlüsse der Vorgängerregierung zurück. Lediglich Familien mit einem

Jahreseinkommen von über 60.000 Euro würden laut Steuerzahlerbund von einer zusätzlichen Entlastung profitieren.

Mittlere Einkommen müssen entlastet werden

"Eine große Steuerreform sieht anders aus", sagt Olaf Schulemann vom Bund der Steuerzahler der Zeitung. Nun komme es darauf an, dass die mittleren Einkommen ab 2011 richtig entlastet würden .

"Dieser Weg ist alternativlos"

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte betont, die Koalition wolle den Pfad gehen, der voll auf Wachstum setze. "Der bietet keine Garantie, dass es klappt. Aber der bietet die Chance, dass es klappt. Bei 'Sparen, Sparen, Sparen' sehe ich keine Chance, dass wir es schaffen." Der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar, hält Steuersenkungen für richtig. "In der Zeit der größten Staatsverschuldung der Bundesrepublik Steuern zu senken, ist hochriskant. Aber dieser Weg ist alternativlos", sagte Straubhaar der "Neuen Presse". Der andere Weg wären Steuererhöhungen gewesen - die hätten das Wachstum stranguliert.